



Brüssel, den 9. September 2025
(OR. en)

12388/25

INST 249
POLGEN 127
AG 127

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	9. September 2025
Empfänger:	Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union
Nr. Komm.dok.:	COM(2025) 484 final
Betr.:	MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT Strategische Vorausschau 2025 Resilienz 2.0: Befähigung der EU, sich in Zeiten von Turbulenzen und Unsicherheit zu behaupten

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2025) 484 final.

Anl.: COM(2025) 484 final

12388/25

DE



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Straßburg, den 9.9.2025
COM(2025) 484 final

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND
DEN RAT**

Strategische Vorausschau 2025

Resilienz 2.0: Befähigung der EU, sich in Zeiten von Turbulenzen und Unsicherheit zu behaupten

DE

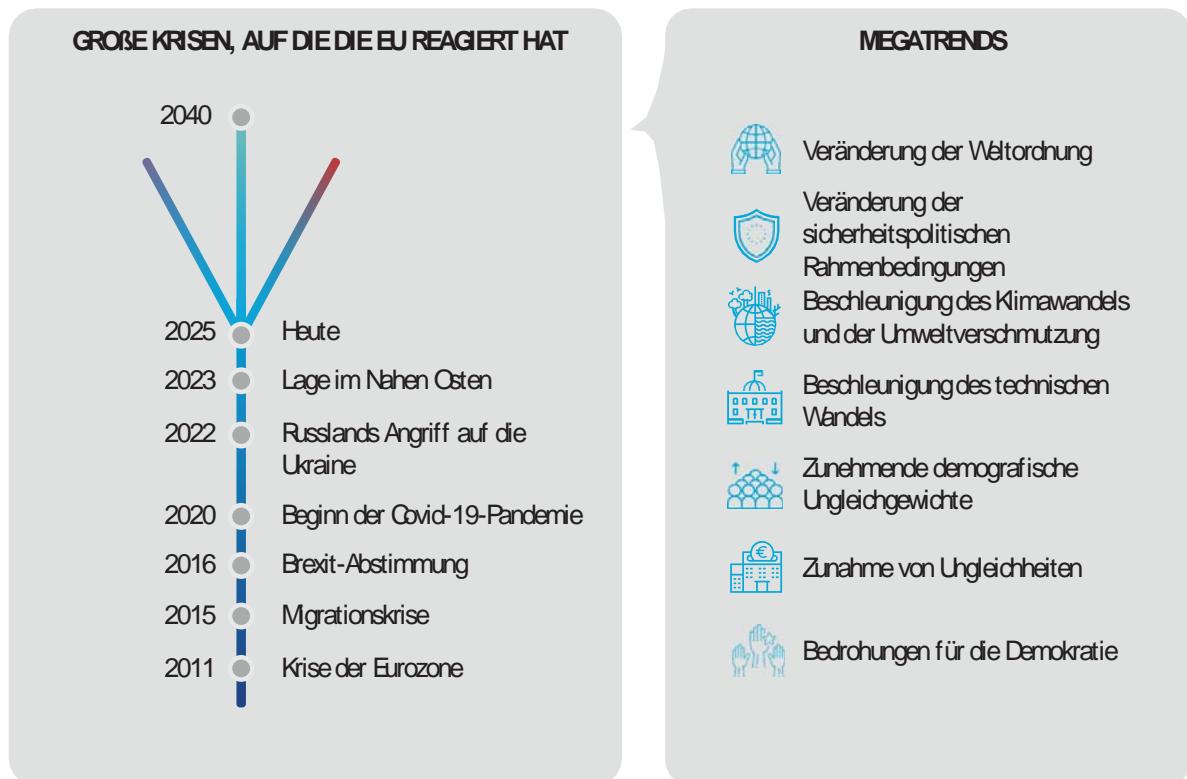
DE

1. EINFÜHRUNG

Die Weltordnung ist seit der allerersten Strategischen Vorausschau im Jahr 2020 erheblich ins Wanken geraten. Während in diesem ersten Bericht das Konzept der Resilienz, hauptsächlich im Zusammenhang mit den ersten strukturellen Lehren aus der COVID-19-Pandemie, im Mittelpunkt stand, geht es jetzt um weitere Fortschritte im Bereich der Vorsorge und der Widerstandskraft, damit die EU eine Rolle als starker Akteur in dieser sich wandelnden Welt behält bzw. wiedererlangt.

Daher wird in dieser Vorausschau der Begriff „Resilienz 2.0“ eingeführt. Bereits in der Vorausschau 2020 wurde Resilienz nicht lediglich als die bloße Bewältigung von Krisen, um den Status quo aufrechtzuerhalten, definiert. Vielmehr wurde deutlich gemacht, dass die EU eine angemessene Widerstandsfähigkeit gegenüber systemweiten Krisen und langfristigen Trends erlangen muss, um sich auf nachhaltige, faire und demokratische Weise zu verändern und gestärkt daraus hervorzugehen¹. Und in der Tat hat die EU auf die jüngsten Krisen mit Stärke und Einigkeit unter Beweis gestellt und den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen geholfen, sich an die großen Krisen und die wichtigsten globalen Trends anzupassen (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Jüngste große Krisen und sich überschneidende Megatrends, die die Reaktion der EU prägen



Das Ausmaß, die Komplexität, die Vielfalt und das Fortbestehen der bevorstehenden Herausforderungen – von geopolitischen und geoökonomischen Umwälzungen, Konflikten und Sicherheitsbedrohungen über die Dreifachkrise des Planeten (Klimawandel, Verschmutzung und Verlust an Artenvielfalt)² bis hin zu technologischen und demografischen

¹ Resilienz in der EU-Politik wird definiert in: Manca, A. et al., „Building a Scientific Narrative Towards a More Resilient EU Society Part 1: a Conceptual Framework“, 2017, DOI: [10.2760/635528](https://doi.org/10.2760/635528); Giovannini, E. et al., „Time for transformative resilience: the COVID-19 emergency“, 2020, DOI: [10.2760/062495](https://doi.org/10.2760/062495), sowie in der Strategischen Vorausschau 2020, COM(2020) 493 final.

² Siehe <https://unfccc.int/news/what-is-the-triple-planetary-crisis>

Veränderungen und Bedrohungen für Demokratie und Werte – erfordern jedoch ein neues Maß an Resilienz, Dazu muss ein Sprung von einem überwiegend reaktiven Ansatz hin zu einem aktiven und zukunftsorientierten Vorgehen vollzogen werden, bei dem Ereignisse antizipiert, Ressourcen optimiert und Vorbereitungen auf unterschiedliche Zukunftsszenarien getroffen werden, da unsere Welt heute unvorhersehbarer ist als je zuvor. Viele divergierende Szenarien sind plausibel, darunter einige, die noch vor kurzem nicht vorstellbar erschienen³. In einer solchen Welt reicht es nicht mehr aus, auf jede Krise als Wendepunkt zu reagieren. Ein **transformativer, aktiv gestalteter und zukunftsorientierter Ansatz für Resilienz („Resilienz 2.0“)** wird zu einem entscheidenden Vorteil in der neuen geopolitischen Realität und zu einer entscheidenden Notwendigkeit für die Europäische Union.

Diese Vorausschau trägt zu den Überlegungen darüber bei, wie dieser Schritt hin zu einer neuen Stufe der Resilienz vollzogen werden kann. Aufbauend auf den jüngsten Strategien und Berichten, die für die Resilienz relevant sind, und gestützt auf einen breit angelegten Prozess⁴ werden die wichtigsten langfristigen Trends und Entwicklungen analysiert. Auf dieser Grundlage werden den politischen Entscheidungsträgern in dieser Vorausschau Handlungsoptionen vorgestellt, die heute angegangen werden müssen, um das Konzept einer widerstandsfähigen EU zu verwirklichen.

Dieses Konzept steht in engem Zusammenhang mit dem Konzept der Vorsorge, das mit dem Niinistö-Bericht⁵ eingeführt und im Rahmen der Strategie der Union zur Krisenvorsorge⁶ in politische Maßnahmen der EU mündete. Das Vorsorgekonzept richtet den Blick vor allem auf die Fähigkeit der EU, Bedrohungen zu antizipieren, zu verhindern, ihnen standzuhalten und auf sie zu reagieren. In der Strategie wird auch anerkannt, dass die EU zukunftsorientierte Fähigkeiten und eine systematische Sammlung von Informationen, auch über die EU-eigene Weltrauminfrastruktur und -dienste, benötigt, um die Lage über unmittelbare Bedrohungen hinaus vorausschauend zu analysieren, wobei auch nicht vertraute oder sogar schwer vorstellbare längerfristige Szenarien zu berücksichtigen sind. Strategische Vorausschau, Lage erfassung und Frühwarnung sind in dieser Hinsicht entscheidend und müssen weiter gestärkt werden.

In Zeiten globaler Turbulenzen hilft die strategische Vorausschau der EU, auf Kurs zu bleiben und über die aktuelle Tagespolitik hinauszugehen. Sie enthält einen klaren Blick nicht nur auf neu auftretende Risiken, sondern auch auf künftige Chancen: durch Absuchen des Horizonts, Hinterfragen von Annahmen, Entdeckung von Schwachstellen, Verknüpfung von Ereignissen und Bewertung ihrer kumulativen Folgen, Ausloten des Spektrums der Möglichkeiten, einschließlich wünschenswerter Zukunftsperspektiven samt Wegen dorthin. Dabei wird in strukturierter und systematischer Weise auf kollektive Intelligenz zurückgegriffen. Diese Einblicke sind in die Politikgestaltung, strategische Planung und Vorsorgepolitik der Kommission eingebunden. Dies ermöglicht es, die langfristigen Auswirkungen und die Kohärenz des heutigen politischen Handelns sowie seine Tragfähigkeit in unterschiedlichen Zukunftsszenarien besser zu berücksichtigen und eine

³ Siehe z. B. 25 evidenzbasierte mögliche größere Störungen, die die Politik zwischen 2030 und 2050 umgestalten könnten: OECD, „Strategic Foresight Toolkit for Resilient Public Policy: A Comprehensive Foresight Methodology to Support Sustainable and Future-Ready Public Policy“, 2025, <https://doi.org/10.1787/bcdd9304-en>.

⁴ Diese Vorausschau stützt sich auf die jüngsten Strategien der Kommission im Bereich Resilienz sowie auf die zugrunde liegenden Berichte (etwa von Enrico Letta, Mario Draghi und Sauli Niinistö). Hinzu kommen die in dieser Vorausschau angeführten Belege, Erkenntnisse aus einem öffentlichen Aufruf zur Stellungnahme, ein partizipativer Prozess innerhalb der Europäischen Kommission sowie Konsultationen mit den EU-Institutionen im Rahmen des Europäischen Systems für strategische und politische Analysen (ESPAS). Außerdem flossen Beiträge aus dem koordinierten Netz für strategische Vorausschau der dezentralen EU-Agenturen, Reflexionsgruppen und aus den Mitgliedstaaten über das EU-weite Netz ein. Sie stützt sich auch auf die früheren Versionen der Strategischen Vorausschau (2020-2023).

⁵ Safer Together – Strengthening Europe’s Civilian and Military Preparedness and Readiness.

⁶ JOIN(2025) 130 final.

gemeinsame positive Vorstellung von der Zukunft der EU zu entwickeln. Dazu leisten die strategischen Vorausschauen der Kommission seit 2020 ihren Beitrag. Diese Vorausschau, der erste im Rahmen dieser Amtszeit, hat einen Übergangscharakter und ebnet den Weg für einen Vorausschauprozess, bei dem das gesamte Spektrum an einschlägigen Methoden und Instrumenten genutzt wird, die den Vorausschauen ab 2026 als Grundlage dienen werden. Sie können auch genutzt werden, um kohärente Aktionspläne zu entwickeln, um unsere Krisenfestigkeit zu stärken, die ermittelten Herausforderungen anzugehen und die Chancen zu nutzen.

Von Resilienz zu Resilienz 2.0

Die EU kann auf eine Reihe günstiger Voraussetzungen für die Stärkung ihrer Resilienz zählen.

Erstens verfügt die EU über einzigartige Ressourcen, um Resilienz in einer Größenordnung zu gewährleisten, die kein einzelner Mitgliedsstaat allein erreichen kann: 450 Mio. Menschen und ein Binnenmarkt, in dem 24 Mio. Unternehmen angesiedelt sind und auf den 15 % des weltweiten Warenverkehrs entfallen, ein Agrar- und Lebensmittelsektor, der eine verlässliche Versorgung mit erschwinglichen Lebensmitteln mit hohen Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards bietet, etablierte gemeinsame demokratische Regeln und Rechtsstaatlichkeit für Bürger, Unternehmen und externe Partner gleichermaßen, eine Reihe von Steuerungsfähigkeiten, von robusten Instrumenten der Handelspolitik bis hin zur Festlegung globaler Normen.

Zweitens verfügt die EU über die Größe und die Fähigkeiten, um auf geowirtschaftliche Umbrüche, die Dreifachkrise des Planeten und den digitalen Wandel auf transformative Weise zu reagieren.

Drittens kann sich die EU während einer Krise rasch anpassen, obwohl die Entscheidungsfindung komplex ist, und ihre Mechanismen und Strukturen anpassen. Wir haben dies unter Beweis gestellt, indem wir NextGenerationEU implementiert haben, um den Mitgliedstaaten nach der Pandemie zu helfen, und indem wir einen Anstieg der europäischen Investitionen sichergestellt haben, um zu gewährleisten, dass unsere Verteidigungsindustrie schneller und in größerem Umfang produzieren kann, und indem wir den raschen Einsatz militärischer Truppen und Mittel in der gesamten EU mittels „Verteidigungsbereitschaft 2030“ erleichtert haben.

Viertens hat die EU ihre Widerstandskraft in jüngster Zeit bereits während verschiedener Krisen unter Beweis gestellt und aus ihnen gelernt. Es wurden gemeinsame europäische Reaktionsmechanismen eingeführt und gestärkt: die gemeinsame Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen, die Diversifizierung der Gasversorgung während der jüngsten Energiekrise oder Mobilisierung von rescEU-Ressourcen als Reaktion auf Waldbrände oder andere Naturkatastrophen – all dies sind Beispiele für flexible und wirksame Reaktionen auf der Grundlage von Solidarität und Anpassungsfähigkeit.

Auf der Grundlage dieser Erfahrungen ist es an der Zeit, eine Vision für eine widerstandsfähige EU für 2040 entwickeln. Diese Vision sollte auf den grundlegenden Zielen und Werten der EU⁷ beruhen. Eine krisenfeste EU im Jahr 2040 müsste die folgenden drei grundlegenden Erfordernisse gewährleisten:

- **Frieden durch europäische Sicherheitspolitik:** Dank ihrer ausgeprägten Fähigkeiten und in voller Übereinstimmung mit internationalen Allianzen wird die EU böswillige staatliche oder nichtstaatliche Akteure abschrecken und sich gegen sie verteidigen. Dies wird durch eine Kombination aus militärischer Stärke, gesamtgesellschaftlicher Vorsorge,

⁷ Gemäß Artikel 3 Absatz 1 des Vertrags über die Europäische Union ist es das Ziel der Union, den Frieden, ihre (in Artikel 2 festgelegten) Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.

Instrumenten zur Verteidigung ihrer Interessen sowie einer starken globalen Position und Mitteln der Diplomatie erreicht werden. Eine erweiterte EU wird eine Säule des dauerhaften Friedens, der Sicherheit und des Wohlstands auf dem gesamten europäischen Kontinent sein. Sie wird enge Beziehungen zu gleichgesinnten Ländern sowie Partnerschaften auf der Grundlage gemeinsamer Interessen pflegen und dabei ihre Wirtschafts- und Handelsmacht sowie ihre offene strategische Autonomie nutzen.

- **Werte der Demokratie, der Menschenwürde, der Freiheit, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte:** Die EU wird diese Werte und ihr demokratisches Modell intern wahren, behaupten, verteidigen und durchsetzen sowie sie auf der Weltbühne vermitteln. Sie wird wirksames Regierungshandeln durch demokratische Organe sowie die wirksame Ausübung der Rechte und Pflichten durch Menschen und Unternehmen ermöglichen.
- **Wohlergehen der Menschen:** Die Grundlage bilden innere und wirtschaftliche Sicherheit, hochwertige Arbeitsplätze, attraktive Bedingungen für Arbeitnehmer und Unternehmen, nachhaltiger Wohlstand unter Berücksichtigung der planetarischen Grenzen, ein lebenswerter Planet mit einer klimaneutralen und klimafesten Wirtschaft und eine gesunde natürliche Umwelt, dazu hochwertige, erschwingliche und inklusive allgemeine und berufliche Bildungs- und Gesundheitswesen. Die Europäerinnen und Europäer werden zuversichtlich sichere Technologien nutzen, die ihr Leben verbessern, und gleichzeitig eine lohnende Arbeit, ein erfülltes Leben, günstige Bedingungen für die Gründung einer Familie und die Kindererziehung, bezahlbaren Wohnraum sowie sichere und hochwertige Lebensmittel genießen. Europa wird ein Ort mit einer zugänglichen Infrastruktur, Gesundheitsversorgung und Bildung von Weltklasse sein, mit florierenden Ländern, Regionen und Städten, die „Aufenthaltsfreiheit“ bieten und wo die Anliegen gegenwärtiger und künftiger Generationen ihre Berücksichtigung finden.

Zur Verwirklichung dieser Vision werden mutige Veränderungen erforderlich sein: Berechenbarkeit und Stabilität sind zwar von elementarer Bedeutung und gehören zu den Vorzügen der EU, doch muss die EU bereit sein, wann immer dies erforderlich ist, vorausgreifend handeln, um die Grundlagen des europäischen Projekts zu erhalten und zu stärken.

2. WICHTIGE GLOBALE ENTWICKLUNGEN UND EU-SPEZIFISCHE HERAUSFORDERUNGEN FÜR MEHR RESILIENZ

Der künftige politische Spielraum der EU zur Stärkung ihrer Resilienz wird von **globalen Megatrends und von EU-spezifischen Herausforderungen bestimmt, die seit der ersten Strategischen Vorausschau 2020 in den Vordergrund gerückt sind**. Die EU muss diese Trends auf dem Weg zu einer widerstandsfähigen EU bis 2040 in ihren Willensbildungsprozess und ihre Politik einbeziehen, ihre Handlungsfelder erweitern und die künftigen Chancen und Herausforderungen besser bewältigen.

2.1. Wichtige langfristige globale Entwicklungen

Sicherheit ist zu einem Schlüsselfaktor für alle Politikbereiche der EU geworden. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Sicherheitsperspektive verändert. Geopolitische Unruhen und die Erosion der multilateralen Weltordnung sorgen dafür, dass Autonomie bei der Fähigkeit, heutige und zukünftige Generationen zu schützen, immer wichtiger wird. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass alles als Waffe eingesetzt werden kann: Lieferketten, Migration, Handel, humanitäre Hilfe, Raumfahrt und Informationen⁸. Da hybride

⁸ Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien, „Hacking minds and machines. Foreign interference in the digital age“, 2024, [CP_184.pdf](#)

Bedrohungen in der Grauzone zwischen Krieg und Frieden wirken, schaffen sie Unklarheiten hinsichtlich der Zuordnung, wobei innere und äußere Sicherheitsaspekte zunehmend miteinander verflochten sind. Sicherheit oder deren Fehlen betrifft die gesamte Gesellschaft und die Wirtschaft: Unternehmen, Investitionen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Wohlstand und Wohlergehen sowie Demokratien und Werte. Darüber hinaus stellen das Ende der Friedensdividende nach dem Kalten Krieg und turbulente Wirtschaftsprognosen eine Herausforderung für die öffentlichen Haushalte dar, was zu schwierigen Entscheidungen führt, aber auch Chancen aufzeigt, beispielsweise die Nutzung von Synergieeffekten im zivil-militärischen Bereich.

Wir erleben die Aushöhlung der regelbasierten internationalen Ordnung und die Zersplitterung des globalen Gefüges. Von den Vereinten Nationen bis zur Welthandelsorganisation stehen die wichtigsten Säulen der Weltordnung unter Druck. Dies ist besonders wichtig für die EU, deren Stärke auf Offenheit beruht: Eine gemeinsame Handelspolitik, die im Einklang mit dem Binnenmarkt funktioniert, internationale Partnerschaften und Standards sind alle von einer regelbasierten internationalen Ordnung abhängig⁹. Somit wirken sich die Instabilität und teilweise Funktionsunfähigkeit der internationalen Ordnung und die teilweise Entflechtung der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen destabilisierend auf die Fähigkeit der EU aus, im Interesse ihrer Wirtschaft und des Wohlergehens ihrer Bürgerinnen und Bürger zu handeln. Eine Rückkehr zum vorherigen Status quo erscheint immer unwahrscheinlicher. Trotz der negativen Auswirkungen bietet dies der EU auch die Gelegenheit, bei der Gestaltung einer zukunftssicheren regelbasierten internationalen Ordnung mehr Gewicht zu zeigen¹⁰.

Die negativen Auswirkungen des Klimawandels und der Schädigung der Natur haben sich verschärft und ein Niveau erreicht, wo sie schwieriger zu bewältigen sind. Die globalen Jahresdurchschnittstemperaturen liegen bereits um mehr als 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau. Die kumulativen Auswirkungen könnten dazu führen, dass Kippunkte – vom Schmelzen der Eisschilde über das Absterben der Korallenriffe bis hin zur Störung der atlantischen Strömungen – überschritten werden, ab denen abrupte und unumkehrbare Veränderungen stattfinden werden. Klimabedingte extreme Wetterereignisse haben in den letzten 40 Jahren in der EU bereits wirtschaftliche Verluste in Höhe von 738 Mrd. EUR verursacht (zwischen 1980 und 2023, davon 22 % dieser Verluste zwischen 2021 und 2023)¹¹. Bis Ende des Sommers 2025 wurden in der EU durch Waldbrände mehr als eine Million Hektar Land vernichtet; dies ist der höchste jährliche Wert seit Beginn der offiziellen Aufzeichnungen im Jahr 2006¹². Die biologische Vielfalt Europas und die lebenswichtigen Beiträge der Natur durch Ökosystemleistungen wie saubere Luft und sauberes Wasser schwinden in immer schnellerem Tempo, wodurch wesentliche Faktoren für die Gesundheit gefährdet werden. Es handelt sich auch um einen Risikomultiplikator: von Extremdürreperioden, die zu Wasser- und Ernährungsunsicherheit führen, über die Unvorhersehbarkeit von Waldbränden, Störungen

⁹ Siehe die Gemeinsame Mitteilung über die Stärkung des Beitrags der EU zum regelbasierten Multilateralismus, JOIN(2021) 3 final.

¹⁰ Biscop, S., This is not a new world order. Europe rediscovers geopolitics from Ukraine to Taiwan, 2024.

¹¹ Europäische Umweltagentur, „Economic losses from weather- and climate-related extremes in Europe“, 2024, <https://www.eea.europa.eu/en/analysis/indicators/economic-losses-from-climate-related>.

¹² <https://forest-fire.emergency.copernicus.eu/apps/effis.statistics/seasonaltrend>

kritischer Infrastrukturen und wichtiger Transportwege bis hin zu Gefahren für die Finanzmärkte¹³.

Die weltweite politische Dynamik zur Eindämmung des Klimawandels lässt derzeit nach, und die Klima- und Umweltpolitik wird zunehmend politisch instrumentalisiert und ist Desinformation ausgesetzt¹⁴. Gleichzeitig kann der ökologische Wandel in vielen Ländern zu mehr Unabhängigkeit und Wachstum führen. Auch für Europa bietet der erfolgreiche Übergang zu nachhaltigem Wachstum die Gelegenheit, gleichzeitig die strategische Autonomie und die Wettbewerbsfähigkeit der Union durch den Ausbau umweltschonender Technologien zu stärken.

2.2. EU-spezifische Herausforderungen

Das gleichzeitige Streben nach wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und strategischer Autonomie. Ausgehend von den Erfahrungen der jüngsten Krisen streben verschiedene Volkswirtschaften, darunter auch die EU, aktiv nach strategischer Autonomie, um ihre langfristige wirtschaftliche Sicherheit zu gewährleisten¹⁵. Parallel dazu strebt die EU an, die Wettbewerbsfähigkeit in Schlüsselsektoren zu steigern, um globalen Herausforderungen zu begegnen. Beide Prioritäten sind von entscheidender Bedeutung für die Resilienz: Die Sicherheit und die offene strategische Autonomie Europas werden mehr denn je von unserer Innovationsfähigkeit und unserer Fähigkeit abhängen, mit anderen Volkswirtschaften der Welt zu konkurrieren, insbesondere bei klimaneutralen Wirtschaftstätigkeiten und in der Digitaltechnik. Um eine echte Krisenfestigkeit aufzubauen, muss Europa daher beides anstreben. Eine offene strategische Autonomie schützt die EU vor externen Schocks und Abhängigkeiten, während die Wettbewerbsfähigkeit die Innovation und die wirtschaftliche Stärke ankurbelt, die erforderlich sind, um sich in einer sich rasch wandelnden Welt anzupassen, zu führen und erfolgreich zu sein.

In einem globalen Wirtschaftssystem, das durch geopolitischen Wettbewerb, Handelsspannungen und wachsende Verschuldung der öffentlichen Hand belastet ist, muss die EU Sicherheitsaspekte und Erwägungen der strategischen Autonomie systematischer in ihre Wirtschaftspolitik einfließen lassen. Die gleichzeitige Verfolgung sowohl der Wettbewerbsfähigkeit als auch der strategischen Autonomie erfordert eine sorgfältige Politikgestaltung, da Maßnahmen zur Stärkung der Autonomie Vorlaufkosten oder strukturelle Anpassungen mit sich bringen und möglicherweise die kurzfristige Effizienz verringern können. Die sich wandelnde globale Dynamik und übermäßige strategische Abhängigkeiten haben erneut darauf aufmerksam gemacht, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge (einschließlich der gemeinsamen Auftragsvergabe und der bevorzugten Beschaffung durch die

¹³ Europäische Umweltagentur, „Europäische Bewertung der Klimarisiken“, 2024. Eine aktuelle Bestandsaufnahme der in der Europäischen Union durchgeföhrten analytischen Arbeiten und der bisher ergriffenen politischen Maßnahmen findet sich im [Bericht über die Überwachung klimabezogener Risiken für die Finanzstabilität](#), C(2024) 4372 fin.

¹⁴ International Panel on the Information Environment, „Information integrity about climate science: a systematic review“, 2025, <http://doi.org/10.61452/BTZP3426>

¹⁵ Europäische Kommission, „Shaping and securing the EU's open strategic autonomy by 2040 and beyond“, 2021, <https://data.europa.eu/doi/10.2760/877497>.

EU) als politisches Instrument genutzt wird, um die offene strategische Autonomie zu stärken und die Bemühungen der Industrie zur Verringerung der CO₂-Emissionen zu unterstützen¹⁶.

Die übermäßige Abhängigkeit von wichtigen Dienstleistungen, die von Nicht-EU-Unternehmen in Bereichen wie Digitaltechnik und Finanzen erbracht werden, setzt die EU Risiken wie Schwachstellen in der Datensicherheit, Dienstleistungsunterbrechungen, Spionage und wirtschaftlichem Zwang aus. Dies gilt insbesondere für digitale Dienstleistungen, die Netzwerkeffekten ausgesetzt sind, welche den Wettbewerb tendenziell einschränken¹⁷. So werden etwa 70 %¹⁸ der Cloud-Infrastruktur der EU von drei US-Unternehmen kontrolliert: Amazon Web Services, Microsoft und Google.

Energieversorgungssicherheit ist ein wichtiger Baustein für eine widerstandsfähige, zukunftssichere und wettbewerbsfähige Wirtschaft, insbesondere angesichts der Tatsache, dass die EU im Jahr 2023 58 % ihrer Energie eingeführt hat¹⁹. Die Beschleunigung der Energiewende ist daher nicht nur für die Verwirklichung der Klimaziele von entscheidender Bedeutung, sondern auch eine strategische Notwendigkeit, um die Abhängigkeit von Einfuhren fossiler Brennstoffe zu verringern und die EU vor geopolitischen Krisen wie jener, die durch den Einsatz der Energieversorgung als Waffe durch Russland verursacht wurde, zu schützen. Durch die Stärkung der Energieversorgungssicherheit könnte die EU die Ausgaben für Einfuhren fossiler Brennstoffe zwischen 2031 und 2050 gegenüber dem Durchschnitt von 2011-2020 um 2,8 Billionen EUR senken. Durch Investitionen in heimische umweltfreundliche Energien und Energieeffizienz stärkt die EU ihre Autonomie und schafft ein widerstandsfähigeres Energiewesen für die Zukunft. Dieser Übergang schafft jedoch auch neue Abhängigkeiten sowohl von sauberen Technologien selbst, bei denen die industrielle Produktion von anderen globalen Akteuren dominiert wird, als auch von den immer vielfältigeren und in immer größeren Mengen²⁰ benötigten kritischen Rohstoffen, die in diese in der EU oder andernorts hergestellten Produkte eingehen (siehe Kasten 1)²¹.

Kasten 1: Am Horizont: eine Ära möglicher neuer Marktdominanz bei Rohstoffen und sauberer Technologien

Der sich verschärfende globale Wettbewerb um kritische Ressourcen und Marktanteile im CleanTech-Sektor in Verbindung mit einem eher transaktionsorientierten Ansatz in den internationalen Beziehungen könnte neue Allianzen zwischen staatlichen und privaten Akteuren fördern, die auf eine Marktbeherrschung nach dem Vorbild der OPEC abzielen. Diese Marktmacht könnte zu einer erheblichen Preisinflation führen und den Zugang zu wichtigen Rohstoffen einschränken, was eine ernsthafte Herausforderung für die strategische Autonomie und die Energiewende in der EU darstellen würde. Als Reaktion darauf könnte der Schwerpunkt zunehmend auf Innovationen im Bereich der Kreislaufwirtschaft und fortschrittlichen Bergbautechnologien, einschließlich Weltraumbergbau, beginnend mit dem Mond, liegen.

¹⁶ Nicoli, F., „Mapping the road ahead for EU public procurement reform“, 2025, <https://www.bruegel.org/first-glance/mapping-road-ahead-eu-public-procurement-reform>.

¹⁷ Montero, J., Finger, M., The rise of the new network industries: regulating digital platforms, 2021.

¹⁸ [June -2024 BDO Market-research IaaS PaaS.pdf](#).

¹⁹ Eurostat, [Shedding light on energy in Europe – 2025 edition – Interactive publications – Eurostat](#).

²⁰ Die Zahl der von der EU ermittelten kritischen Rohstoffe ist von 14 im Jahr 2011 auf 34 im Jahr 2023 gestiegen.

²¹ Die im Bericht verwendeten Kästen veranschaulichen relevante neu auftretende Veränderungssignale, die sich aus dem vom ESPAS geleiteten Horizont-Scanning-Prozess ergeben (<https://espas.eu/horizon.html>).

In anderen strategischen Sektoren der EU wie Verteidigung, zivile Sicherheit, Gesundheitswesen und Automobilindustrie spielen wichtige Rohstoffe eine zentrale Rolle. Störungen in ihren Lieferketten (sei es aufgrund von Sanktionen, geopolitischem Zwang oder dem Schmuggel von Rohstoffen durch kriminelle Organisationen²²) könnten erhebliche negative Folgen für die EU haben. Die Abhängigkeit der Union von Einfuhren dieser Materialien in Verbindung mit der hohen Konzentration des Angebots in einigen wenigen Ländern entlang der Wertschöpfungskette (sowohl bei der Gewinnung als auch bei der Verarbeitung) birgt ernsthafte wirtschaftliche und sicherheitspolitische Risiken, insbesondere angesichts der Tatsache, dass sich die Ausfuhrbeschränkungen für Industrieholz seit 2009 mehr als verfünffacht haben²³. Die Stärkung der Kreislaufwirtschaft in der EU kann diese Abhängigkeiten verringern.

Ein ausgewogener Umgang mit Technologie: Schlüssel zur Freisetzung der künftigen Wettbewerbsfähigkeit, erfordert aber die Bewältigung der damit verbundenen Risiken. Technologien haben ein transformatives Potenzial, das von der Unterstützung des ökologischen und des digitalen Wandels oder der Gesundheitsversorgung bis hin zur Steigerung der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit und zur Erhöhung der Sicherheit reicht. Die Beherrschung der Technologien der Zukunft, von der Grundlagenforschung bis zum vollständigen operativen Einsatz, ist daher ein mächtiger geopolitischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Vorteil und fördert die Krisenfestigkeit. Sie in der EU zur Entfaltung zu bringen und zu gestalten ist eine Grundlage unserer künftigen Wettbewerbsfähigkeit. Sie sorgen für modernste Handlungsfähigkeiten und ermöglichen einen wirksamen Schutz und die Verteidigung gegen böswillige staatliche und nichtstaatliche Akteure.

Passende Sicherheitsvorkehrungen sind jedoch erforderlich, um potentielle Systemrisiken für die Sicherheit, die Bürger- und Arbeitnehmerrechte, die Privatsphäre, das Klima und die Umwelt sowie für die Demokratie, das Vertrauen und den sozialen und territorialen Zusammenhalt zu vermeiden. Schon jetzt lässt sich eine rasante und exponentielle Marktdurchdringung neuer Technologien beobachten, die größtenteils von einer Handvoll der weltweit größten Unternehmen vorangetrieben wird. Viele neue Technologien werden in den nächsten zehn Jahren eine Rolle spielen: Quanten-, Bio- und Neurotechnologie sowie fortschrittliche Materialien oder Robotik, jeweils mit weitreichenden Chancen, aber auch akuten Risiken. Die potenzielle Nutzung einiger anderer, wie z. B. Solar-Geoengineering (oder Veränderung der Sonneneinstrahlung)²⁴ ist höchst umstritten (siehe Kasten 2).

²² Europäische Kommission, „Emerging risks and opportunities for EU internal security stemming from new technologies“, 2025, <https://data.europa.eu/doi/10.2760/9617320>

²³ OECD (2025), „OECD supply chain resilience review: navigating risks“, <https://doi.org/10.1787/94e3a8ea-en>.

²⁴ Europäische Kommission, Gruppe leitender wissenschaftlicher Berater der Kommission, „Solar radiation modification“, 2024, <https://data.europa.eu/doi/10.2777/391614>.

Kasten 2: Am Horizont: Globale Steuerung und Regulierung zur Erforschung von Solar-Geoengineering

Trotz weltweiter Bemühungen verschärfen sich die negativen Auswirkungen des Klimawandels in gefährlicher Weise. In diesem Zusammenhang wurde eine Reihe von Technologien zur Veränderung der Sonneneinstrahlung vorgeschlagen, die auch als Solar-Geoengineering bezeichnet werden. Ihr Ziel wäre es, die Erderwärmung zu verringern, indem die Rückstrahlung des Sonnenlichts in den Weltraum verstärkt wird. Ihr potenzieller Nutzen ist höchst ungewiss, und sie werfen auch verschiedene Bedenken hinsichtlich Verteilungseffekten oder missbräuchlicher Verwendung auf. Derzeit gibt es keinen internationalen Rahmen für ihre Forschung, Erprobung oder Einführung. Dennoch verfügen mehrere Nationen über die erforderlichen Kapazitäten und könnten diese testen, beispielsweise durch die Injektion von Aerosolen in die Stratosphäre. Andere Länder, wie das Vereinigte Königreich, investieren erheblich in die SRM-Forschung und erwerben so Wissen und Fachkompetenz als Grundlage für künftige auf Beweis basierende Kompromisse und eine Rolle in internationalen Entscheidungsprozessen.

Künstliche Intelligenz (KI) zeichnet sich als eine universell einsetzbare Technologie mit weitreichenden Auswirkungen auf alle Bereiche menschlicher Tätigkeit aus. Sie fördert wissenschaftliche Entdeckungen – wie sich an der Werkstoffinnovation oder ihrem Potenzial für Quanteninformatik, der Transformation der industriellen Fertigung, der Gesundheitsversorgung²⁵, der Optimierung der Energieversorgung²⁶ und verschiedenen anderen Aspekten des menschlichen Lebens, einschließlich potenzieller Produktivitätssteigerungen sowie Störungen des Arbeitsmarktes²⁷, zeigt. KI kann als Kräftemultiplikator betrachtet werden, der Wissen und Fähigkeiten – einschließlich kritischer Infrastrukturen, fortgeschritten Biowaffen, Cyberfähigkeiten oder autonomer Überwachung – bereitstellt, die früher ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich von Regierungen oder Experten fielen²⁸. Selten hat eine Technologie so schnell eine so breite Akzeptanz gefunden. Die Marktbeherrschung und der Einfluss einiger weniger globaler Akteure – von der Festlegung von Forschungsagenden bis hin zur politischen Ausrichtung – verwischen die Grenzen zwischen kommerziellen und öffentlichen Akteuren und Räumen. Dies erfordert dringend Überlegungen über verschiedene, auch extreme Szenarien und schafft eine klare Grundlage für entschlossenes Handeln der Politik.

Mit dem EU-Innovationsmodell wird der Gedanke gefördert, dass in der Gesellschaft erzeugte Daten – unabhängig davon, ob es sich um personenbezogene oder industrielle Daten handelt – für eine produktive und interoperable Nutzung unter klaren ethischen Bedingungen zugänglich sein sollten. Darüber hinaus verhindert der EU-Regulierungsansatz einen unkontrollierten Zugang zu Daten über Europäerinnen und Europäer. Gleichzeitig kann dieses Modell Innovationen und den Markteintritt behindern und ist mit Problemen bei der Finanzierung und Einführung konfrontiert. So sind EU-Unternehmer häufig auf eine Bankfinanzierung angewiesen und haben weniger Zugang zu Beteiligungskapital oder anderen Formen von

²⁵ Weltgesundheitsorganisation, „Artificial Intelligence for Health“, 2024, <https://www.who.int/publications/m/item/artificial-intelligence-for-health>.

²⁶ International Energy Agency, „Energy and AI“, 2025, <https://www.iea.org/reports/energy-and-ai>

²⁷ Centre for Future Generations, „Preparing for AI labour shocks should be a resilience priority for Europe“, 2025, <https://cfg.eu/ai-labour-shocks/>

²⁸ Amodei, D., Machines of Loving Grace, 2024.

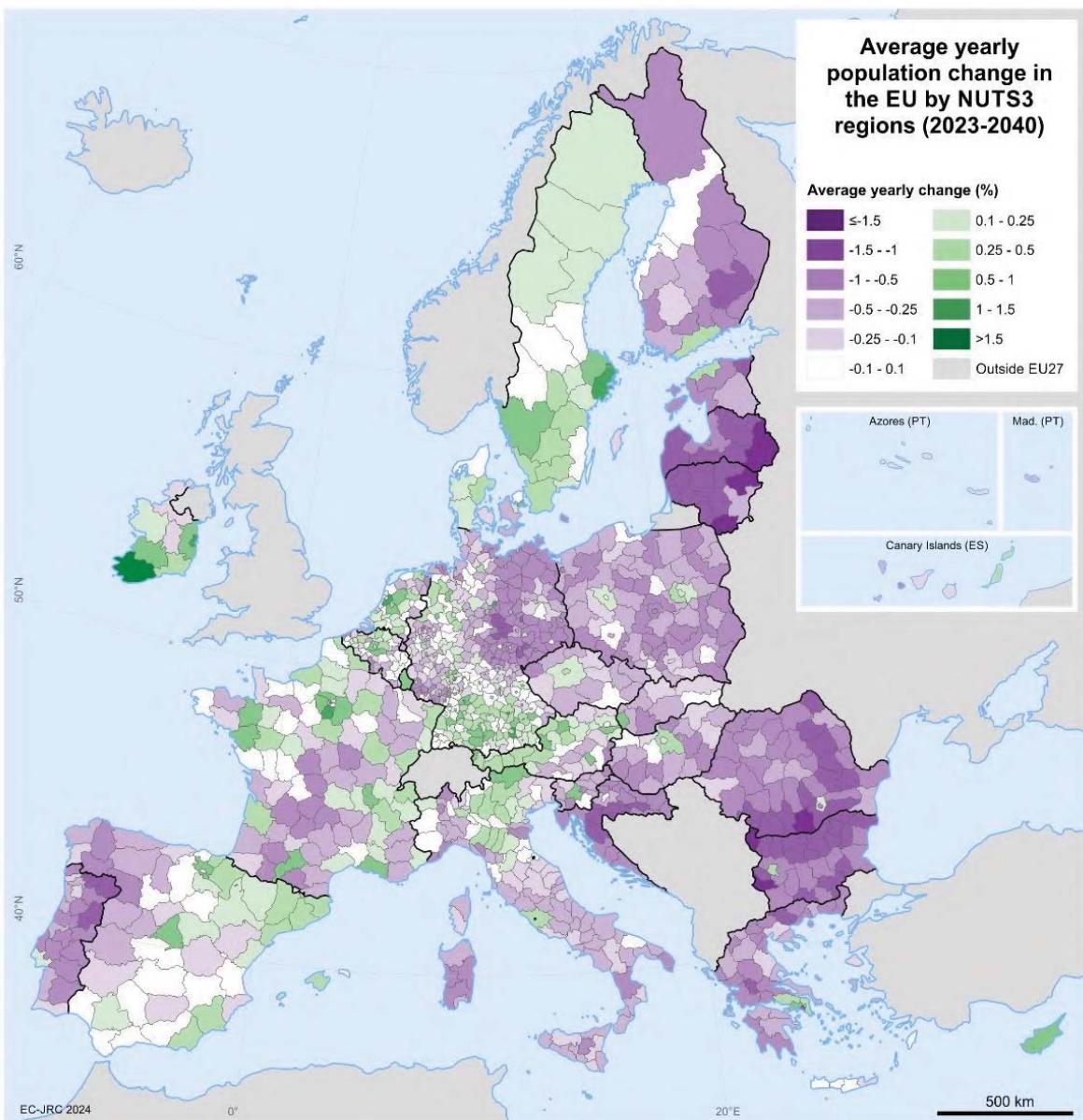
Risikokapital, wohingegen Risikokapital stärker mit der Entwicklung disruptiver Technologien verbunden ist, die Innovationen fördern und das Wirtschaftswachstum ankurbeln können²⁹.

Angesichts der immer schnelleren technologischen Entwicklungen wird die Stärkung des wertebasierten Innovationsmodells der EU im Gegensatz zu den marktorientierten Modellen der USA oder den staatlich gelenkten Modellen Chinas immer wichtiger³⁰. Eine zentrale Herausforderung bei der Förderung ethisch fundierter und global wettbewerbsfähiger Innovationen ist die Fragmentierung der Technologiepolitik der EU und der damit verbundenen Maßnahmen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten.

²⁹ Europäische Zentralbank, „Capital markets union: a deep dive – five measures to foster a single market for capital“, 2024, <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpops/ecb.op369~246a103ed8.en.pdf>.

³⁰ Bradford, A., Digital empires. The global battle to regulate technology, 2023.

Abbildung 2: Veränderungen in der EU-Bevölkerung bis 2040³¹



Wohlergehen der Menschen und gesellschaftliche Resilienz unter Druck. Das Wohlergehen der Menschen in der EU gehört zu den Kernzielen der Union. Lebensqualität und Erfahrung, Bildung und Kompetenzen, Arbeit, psychische und körperliche Gesundheit und Umwelt sind von inhärentem Wert. Sie bilden zudem eine Grundlage gesellschaftlicher Widerstandskraft – der Fähigkeit der Menschen, Störungen und Veränderungen zu überstehen. In dieser Hinsicht ist das europäische Modell eine unserer zentralen Stärken. Viele EU-Länder gehören zu den glücklichsten Lebensorten der Welt³², und die Ungleichheit ist in Europa deutlich weniger stark ausgeprägt als in anderen Erdteilen. Dieses Modell ist jedoch unter Druck geraten, das Gleichheitsniveau bleibt uneinheitlich, und vollständige Inklusion ist nach wie vor nicht erreichbar. Die Erhaltung des europäischen Wohlfahrtsstaats erfordert tragfähige öffentliche Finanzen und eine produktive und wettbewerbsfähige Wirtschaft.

³¹ Europäische Kommission, Ausblick und demografische Perspektiven für die ländlichen Regionen der EU. Eine Modellierung, 2025.

³² World Happiness Report 2025, <https://worldhappiness.report/ed/2025/>.

Der demografische Wandel wird zwar oft vernachlässigt, wird jedoch in Zukunft erhebliche Auswirkungen haben. Die Lebenserwartung steigt. Im Schnitt hat sie seit 2002 um fast vier Jahre zugenommen und liegt nun bei 81,4 Jahren. Gesundes Altern bietet vielfältige Chancen, aber auch Herausforderungen, insbesondere in Verbindung mit dem parallelen Rückgang der Geburtenraten³³. Schätzungen zufolge wird die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter in der EU bis 2040 um 17 Millionen niedriger sein als im Jahr 2023³⁴. Dies wird sich auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken und den Arbeitsmarkt sowie die öffentlichen Haushalte stark belasten, einschließlich der Fähigkeit der Besteuerung von Arbeit, ausreichende Einnahmen zu generieren³⁵. Das Problem wird durch die prognostizierten ausgeprägten regionalen Unterschiede beim Bevölkerungsrückgang verstärkt, wobei starke Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen, insbesondere entlegeneren Gebieten, bestehen (siehe Abbildung 2).

Aufgrund globaler Entwicklungen wird der Druck in Form von Migrationsströmen in die EU zunehmen – insbesondere aus Afrika, wo die Bevölkerung zwischen 2017 und 2035 voraussichtlich von 1,2 Milliarden auf 1,8 Milliarden anwachsen wird, wobei etwa die Hälfte der Bevölkerung unter 21 Jahre alt sein wird³⁶. Gleichzeitig benötigt die EU zwar aufgrund demografischer Entwicklungen reguläre Migration, muss aber ebenso irreguläre Migration bekämpfen. Zusammen bietet dies einen möglichen politischen Weg, um den Bedarf auf den Arbeitsmärkten der EU mit Talenten aus dem Ausland in Einklang zu bringen³⁷. Die Migration ist jedoch ein komplexes Thema, da sowohl die Entwicklung der regulären wie der irregulären Migration als auch die Marktbedürfnisse Schwankungen unterliegen und es sich um eine politisch sensible Frage handelt, die eine sachbezogene und entpolarisierende Debatte erfordert³⁸.

Aus regionaler Perspektive nehmen die Ungleichheiten in der EU zu und werden immer komplexer³⁹. Wir sind außerdem mit dem Entstehen einer „Geografie der Unzufriedenheit“⁴⁰ konfrontiert, da die wirtschaftlichen Vorteile nicht gleichmäßig verteilt sind. Der technologische Fortschritt und die Folgen des Klimawandels diese Gemengelage weiter verkomplizieren und zur Verlagerung industrieller Tätigkeiten beitragen.

Zu den langfristigen Herausforderungen im Gesundheitsbereich gehören die Anforderungen an die Gesundheitsversorgung und die Pflegesysteme für ältere Menschen, die durch den Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel sowie die Auswirkungen des Klimawandels noch verschärft werden. Besonders besorgniserregend sind die zunehmende Isolation und Einsamkeit⁴¹ sowie ein extremer Anstieg psychischer Probleme bei jungen Menschen⁴², was

³³ Eurostat, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Fertility_statistics.

³⁴ Europäisches System für strategische und politische Analysen (ESPAS), „Choosing Europe’s future. Global trends to 2040“, 2024, <https://data.europa.eu/doi/10.2760/180422>.

³⁵ Europäische Kommission, „Annual report on taxation 2025 – Review of taxation policies in the EU Member States“, 2025, <https://data.europa.eu/doi/10.2778/6367826>, und „2024 Ageing Report. Economic and Budgetary Projections for the EU Member States“.

³⁶ ESPAS-Bericht (2024), a. a. O.

³⁷ <https://population-europe.eu/research/policy-insights/labour-markets-rescue-policy-pathways-forward>.

³⁸ Europäische Kommission, „Navigating migration narratives“, 2025, <https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC142039>.

³⁹ ESPAS-Bericht (2024), a. a. O.

⁴⁰ Europäische Kommission, „Single Market economics briefs“, https://single-market-economy.ec.europa.eu/publications/single-market-economics-briefs_en.

⁴¹ Schnept, S. V. et al. (Hrsg.), Loneliness in Europe. Determinants, risks, interventions, Population Economics.

⁴² Weltgesundheitsorganisation, <https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/adolescent-mental-health>.

zum Teil auf die schädlichen Auswirkungen sozialer Medien⁴³, aber auch auf die Zunahme nicht übertragbarer Krankheiten zurückzuführen ist.

Resilienz und Wohlergehen hängen auch mit der Gesundheit unseres Planeten zusammen⁴⁴. Es gibt Synergieeffekte zwischen Klima-, Wasser- und Umweltschutzmaßnahmen sowie zwischen diesen und anderen vorrangigen Politikbereichen. Beispielsweise sind gesunde Ökosysteme wie Süßwasserkörper, Ozeane, Wälder oder Torfmoore wirksame Kohlendioxidsenken und tragen dazu bei, die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels wie Wolkenbrüche und anhaltende Dürren abzufedern. Im Einklang mit der Natur zu handeln, trägt zu Sicherheit und wirtschaftlichem Wohlstand bei⁴⁵. So tragen beispielsweise der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel zur Eindämmung von Pandemien und zur Ernährungssicherheit bei. Mit einem systemischen und zukunftssicheren Ansatz für die Klimaanpassung lassen sich mehrere Ziele erreichen: z. B. die Widerstandsfähigkeit von Infrastruktur und Gebäuden gegenüber klimabedingten und anderen Gefahren⁴⁶. Kritische Ökosystemleistungen wie Wasser, Boden oder Luft in sauberem Zustand sind für die Menschen, aber auch für die Wirtschaft von entscheidender Bedeutung⁴⁷.

Dennoch bestehen nach wie vor viele dringende Herausforderungen, wenn es darum geht, diese Synergieeffekte zu nutzen. Die EU ist zwar auf gutem Weg, ihr Ziel einer Verringerung der Emissionen um 55 % bis 2030 zu erreichen, doch sind die Fortschritte bei der Verwirklichung ihrer Umweltziele nach wie vor unzureichend⁴⁸. Gleichzeitig sind potenzielle Spannungen zwischen Nachhaltigkeitspolitik und sozialer Gerechtigkeit sichtbar geworden, was die Notwendigkeit erhöht, die am stärksten betroffenen Personen und Gebiete zu unterstützen.

Es gibt auch neue Chancen für die Gesundheit des Planeten. So könnte beispielsweise das Verständnis von Ökosystemen erheblich erweitert werden (siehe Kasten 3), was für den Systemwandel und die durchgängige Berücksichtigung der biologischen Vielfalt als bereichsübergreifende politische Priorität genutzt werden könnte. Weltweit könnte die sich abzeichnende „Geopolitik der Biodiversität“ dazu beitragen, den Fokus weg von der Ausbeutung hin zur Anerkennung des Wertes knapper natürlicher Ressourcen und ihrer nachhaltigen Nutzung zu verlagern⁴⁹.

⁴³ Haidt, J., The Anxious generation. How the great rewiring of childhood is causing an epidemic of mental illness, 2024.

⁴⁴ Umweltprogramms der Vereinten Nationen, „Navigating new horizons. A global foresight report on planetary health and human wellbeing“, 2024.

⁴⁵ Universität der Vereinten Nationen, „Interconnected disaster risks: turning over a new leaf“, 2025.

⁴⁶ Europäische Umweltagentur, „Europäische Bewertung der Klimarisiken“, 2024.

⁴⁷ Siehe z. B. Dechezleprêtre, A. und Vienne, V., „The impact of air pollution on labour productivity: Large-scale micro evidence from Europe“, OECD Science, Technology and Industry Working Papers, Nr. 2025/14, <https://doi.org/10.1787/318cb85f-en>.

⁴⁸ Europäische Umweltagentur, „European Union 8th Environment Action Programme – Monitoring report on progress towards the 8th EAP objectives“, 2025.

⁴⁹ Europäische Kommission, „The EU environmental foresight system (FORENV) – Final report of 2023-24 annual cycle – Emerging risks and opportunities for biodiversity protection and ecosystem services in the context of economic and society challenges“, 2025 <https://data.europa.eu/doi/10.2779/9033877>.

Kasten 3: Am Horizont: Verständnis der dunklen Biosphäre und der Tiefseeökosysteme

Angesichts der zunehmenden Verschlechterung von Ökosystemen und der lebenswichtigen Leistungen, die sie erbringen, richtet sich die wissenschaftliche Aufmerksamkeit zunehmend auf bislang weniger erforschte Bereiche. Unter der Erdoberfläche befinden sich der tiefe Ozean und die „dunkle Biosphäre“ im Boden und in der Erdkruste, in denen Mikroben so viel „dunklen Sauerstoff“ (der im tiefen Ozean und unter der Oberfläche ohne Lichteinwirkung entsteht) produzieren, dass ihre Bedeutung für die Erde vergleichbar mit der der Regenwälder ist. Neuere Forschungsarbeiten befassen sich damit, welche Bedeutung diese unterirdischen Ressourcen für den Klimaschutz, die Artenvielfalt und die Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen haben könnten. Ökosysteme der Tiefsee und ihre potenziell revolutionären Auswirkungen auf die Biotechnologie, die Klimaresilienz und die Medizin sind ein weiterer aufstrebender Bereich. Künftige Maßnahmen könnten z. B. die Schaffung vertikaler Schutzzonen und „unsichtbarer“ Reserven in künftige Biodiversitätsziele umfassen. Fortschrittliche Technologien zur Erforschung der Tiefsee könnten wissenschaftliche Entdeckungen beschleunigen und den Druck zur Ausbeutung der Tiefseewelt (z. B. für kritische wesentliche Rohstoffe) erhöhen, was einen vorsichtigen und systemischen Ansatz erforderlich macht.

Die Demokratie und die Grundwerte der EU sind bedroht. Die Bürgerinnen und Bürger Europas sehen Demokratie und Regierungsführung (41 %) als den Bereich, der für Resilienz am wichtigsten ist⁵⁰. Im Vergleich zu anderen Systemen verfügen gesunde Demokratien über eine inhärente Resilienz, die mit Anpassungsfähigkeit, Unterstützung durch die Bevölkerung, Rechenschaftspflicht und Selbstkorrekturmechanismen verbunden ist. Dennoch können sie ohne robuste Schutzmechanismen anfällig für Erosionsprozesse sein, während eine erneute Demokratisierung selbst nach einem Wahlumschwung, der eine Umkehr des demokratischen Rückschritts verspricht, nicht leicht zu erreichen ist⁵¹. Gleichzeitig steht die Demokratie in der EU unter externem und internem Druck: von der Untergrabung der Rechtsstaatlichkeit und der Medienfreiheit über Angriffe auf die Zivilgesellschaft, Spähsoftware, Informationsmanipulation, Desinformation und Einmischung bis hin zur Wahlmanipulation durch ausländische Kräfte. Antidemokratische Perspektiven und Einstellungen, auch unter jungen Menschen, und die Ausnutzung gesellschaftlicher, politischer, wirtschaftlicher und technologischer Schwachstellen nehmen zu.

Obwohl nicht alle dieser Bedrohungen neu sind, haben deren Ausmaß und Offenheit zugenommen. Die Ansichten der Menschen werden zunehmend von algorithmenbasierten, personalisierten Quellen geprägt, die den gemeinsamen Raum für demokratische Debatten auf der Grundlage gemeinsamer Fakten und Beweise einschränken. Etwa 42 % der jungen Europäer und Europäerinnen verlassen sich auf Nachrichten, die sie in erster Linie auf TikTok, Instagram oder YouTube ansehen⁵². Soziale Medien verstärken die Bildung von ideologischen Echokammern und treiben die Polarisierung voran, da Algorithmen polarisierende Inhalte priorisieren. Zwischen jungen Frauen und Männern scheint sich eine politische und ideologische Kluft aufzutun⁵³. Zudem zeigen sich die Auswirkungen einer neuen globalen Oligarchie, bei der wenige Tech-Milliardäre zunehmend Einfluss auf die Politik ausüben. Während KI das Potenzial hat, Effizienz, Transparenz und Inklusivität in demokratischen Prozessen zu verbessern, sind Manipulationskampagnen, bei denen Deepfakes oder KI-generierte Falschnachrichten eingesetzt werden, bereits in der Lage, Regierungen zu

⁵⁰ Europäische Kommission: „Resilience: The future of Europe as seen by EU citizens – Thematic analysis of the future stories shared through the #OurFutures initiative“, 2025.

⁵¹ European Democracy Hub, „How to strengthen democratic resilience. Five lessons for democratic renewal“, 2024, <https://europeandemocracyhub.epd.eu/how-to-strengthen-democratic-resilience/>.

⁵² Eurobarometer-Jugendumfrage 2024, Europäisches Parlament 2025.

⁵³ Vgl. z. B. Berland, O. und Leroutier, M., „The gender gap in carbon footprints: determinants and implications, Grantham Research Institute on Climate Change and the Environment“, 2025, Arbeitspapier Nr. 424.

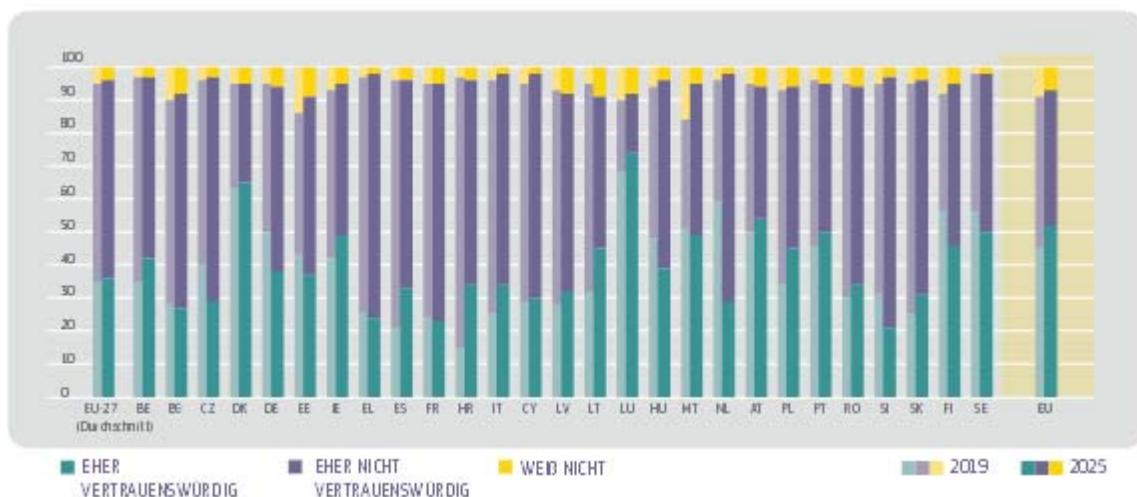
beschädigen, das Vertrauen zu schwächen, Märkte zu destabilisieren oder Wahlen zu beeinflussen (siehe Kasten 4). Ausländische Einmischung und der Missbrauch von Plattformen sozialer Medien zur Desinformation während der jüngsten Wahlen in einigen Mitgliedstaaten veranschaulichen dies. Eine schnelle und unkontrollierte technologische Entwicklung könnte die Herausforderung durch Desinformation nur noch weiter erschweren.

Kasten 4: Am Horizont: mögliche Denkanstöße

Der technologische Fortschritt eröffnet auch die Diskussion darüber, welche personenbezogenen und sensiblen Daten in Zukunft mit politischen Zwecken genutzt werden könnten. Für manche könnte dies bei neuronalen Daten der Fall sein, die von unserem Nervensystem generiert und beispielsweise von biometrischen Wearables erfasst werden. Fortschrittliche KI-Sprachmodelle können bereits Emotionen berücksichtigen. Mithilfe neuronaler Daten könnten sie wesentlich besser auf emotionale Bedürfnisse eingehen. Algorithmen können heute bereits vorhersagen, welche Inhalte sich in den sozialen Medien besonders stark verbreiten („superspread“) werden. Die Kombination dieses Wissens mit neuronalen Daten könnte beispiellose Möglichkeiten eröffnen, auch das politische Verhalten auf der Ebene von Individuen und Gesellschaften zu steuern. Dies eröffnet die Debatte, ob es notwendig werden könnte, die Rechte auf Privatsphäre auch auf andere Bereiche auszuweiten, z. B. die neuronalen Daten, die immer mehr von Technologieunternehmen ins Visier genommen werden.

Dennoch ist das Bild nicht ganz düster, wenn wir das Vertrauen in die Regierungen als Indikator für demokratisches Wohlergehen betrachten. 52 % der Europäerinnen und Europäer vertrauen tendenziell der EU – das höchste Ergebnis seit 2007 (siehe Abbildung 3). Bei jungen Menschen (15-24 Jahre) ist dieser Anteil mit 59 % sogar noch höher.

Abbildung 3: Vertrauen in die nationale Regierung und in die EU (2019 und 2025)⁵⁴



Die Wurzeln demokratischer Resilienz und Erneuerung liegen im sozialen Zusammenhalt, in den institutionellen Mechanismen der gegenseitigen Kontrolle und in Innovationen zur Verbesserung der Demokratie⁵⁵. Die EU verfügt über die Hebel, um mit ihren politischen Maßnahmen und Instrumenten in allen diesen Bereichen kohärent zu handeln.

⁵⁴ Standard-Eurobarometer, Herbst 2019 und Frühjahr 2025.

⁵⁵ European Democracy Hub, „A new dynamic of democratic resilience?“, 2025, <https://europeandemocracyhub.epd.eu/a-new-dynamic-of-democratic-resilience/>.

3. DER WEG ZU EINER RESILIENTEN EU IM JAHR 2040: MAßNAHMENBEREICHE

Aufbauend auf den verschiedenen jüngsten europäischen Initiativen zum Thema Resilienz muss die EU weiterhin einen Policy-Mix auf der Grundlage eines kohärenten und umfassenden Ansatzes formulieren, um in Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt und Politik Widerstandskräfte aufzubauen. Dies erfordert einen gesamtstaatlichen Ansatz sowie konsequente und umfassende Stresstests der EU-Politik im Hinblick auf die derzeitige und künftige Resilienz. Angesichts der bestehenden Herausforderungen und der Vision einer größeren Union muss die EU noch grundlegendere Reformen durchführen, um vielschichtige institutionelle Einrichtungen und Mechanismen zu schaffen, die nicht nur ein effizientes Funktionieren gewährleisten, sondern auch sicherstellen, dass sie in der Lage ist, mutige Entscheidungen, erforderlichenfalls vermehrt mit qualifizierter Mehrheit, zu treffen. Die EU braucht auch einen Mehrjährigen Finanzrahmen, der ihren Prioritäten gerecht wird und der gezielter, einfacher und wirkungsvoller ist⁵⁶. Die EU-Organe müssen eine widerstandsfähige, moderne und effiziente öffentliche Verwaltung gewährleisten, die in der Lage ist, die politischen Prioritäten in einem schwierigen Kontext umzusetzen.

In diesem Bericht wird eine nicht erschöpfende Liste von Schwerpunktbereichen vorgeschlagen, wo erhebliche positive Auswirkungen erzielt werden können und in denen die EU und ihre Mitgliedstaaten über die Möglichkeit des Handelns verfügen.

Schwerpunktbereich 1: Entwicklung einer kohärenten Vorstellung von der globalen Rolle der EU

Die EU muss ihre Position als starker, stabiler und vertrauenswürdiger Ort zum Leben und globaler Partner auf der Grundlage ihrer Grundwerte und Ziele nutzen. Die EU muss deutlicher zeigen, wofür sie steht, und entschlossener für ihr spezifisches Modell eintreten. Dies erfordert die Entwicklung eines klaren strategischen Konzepts der EU, das aus grundlegenden Prinzipien für die Gestaltung der Innenpolitik besteht, sich auf der Weltbühne behauptet und das internationale regelbasierte System stärkt. Es muss von der Umsetzung von Projekten begleitet werden, die bei den Menschen in Europa allerorten Anklang finden, basierend auf ihren Interessen und den europäischen Werten. Es sollte Europa als zuverlässigen Akteur und Partner darstellen, der Zusammenarbeit gegenüber Rivalität bevorzugt, der sich aber auch behaupten und gegen diejenigen zur Wehr setzen kann, die seine Interessen bedrohen. Dazu gehört auch die Anwerbung von Talenten aus dem Ausland in Forschung und Lehre und anderen wichtigen Sektoren wie Biotechnik.

Damit einhergehend sollte die EU auf eine wichtigere Rolle des Euro auf der Weltbühne hinwirken und ein stabiles Regulierungsumfeld bieten, das Anreize für Investitionen schafft. Der Beitritt von Bewerberländern sollte eine Priorität sein, um die Union wirtschaftlich und geopolitisch zu stärken. Da sich der EU-Erweiterungsprozess beschleunigt und die schrittweise Integration zunimmt, sollten Kandidatenländer, potenzielle Kandidatenländer und die engsten Nachbarn der EU Schritt für Schritt in die politischen Initiativen der EU einbezogen werden. Die EU muss aufbauend auf der Global-Gateway-Strategie neue Partnerschaften und Bündnisse bilden, die auf gemeinsamen Interessen beruhen, und gleichzeitig die Mechanismen zur Verteidigung ihrer Energie- und wirtschaftlichen Sicherheit in Verbindung mit dem Klimaschutz stärken. Die EU sollte die Diskussion über eine neue regelbasierte globale Ordnung und eine Reform des Multilateralismus, einschließlich der Vereinten Nationen und der Welthandelsorganisation, aktiv und mit einem kohärenten Ansatz gestalten. Die EU sollte über einen reaktiven, krisenorientierten Ansatz für die Nachbarschaftspolitik hinausgehen und

⁵⁶ Siehe den Vorschlag der Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034, COM(2025) 570 final.

stattdessen langfristige, für alle Seiten vorteilhafte Partnerschaften aufbauen. Diese könnten die Stabilität in ihrer weiteren Nachbarschaft fördern und gleichzeitig gemeinsamen Wohlstand schaffen und ihren globalen Einfluss stärken.

Schwerpunktbereich 2: Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen gemeinsam mit den Kandidatenländern, den engsten Nachbarn und gleichgesinnten Partnern eine technologiegestützte, zukunftsorientierte Richtung einschlagen. Dabei sollten sie zivil-militärische Synergieeffekte nutzen, um böswillige Akteure abzuschrecken und Bevölkerung, Unternehmen und Zivilgesellschaft vor kombinierten internen und externen Sicherheitsbedrohungen zu schützen, wobei die Werte der EU und das Völkerrecht uneingeschränkt geachtet werden sollten. Besondere Aufmerksamkeit sollte der rationalisierten Entscheidungsfindung in Krisensituationen sowie der Entwicklung und Umsetzung strategischer Voraussetzungen auf EU-Ebene gewidmet werden, beispielsweise sichere digitale Infrastrukturen, Energie- und Verkehrsnetze und sonstige Infrastruktur, Weltrauminfrastrukturen und -dienste sowie Systeme zur Informationsbeschaffung und -analyse. Dies sollte dadurch erreicht werden, dass die Skaleneffekte der EU besser genutzt werden, beispielsweise durch die Bündelung von Ausschreibungen, insbesondere für große Infrastrukturprojekte und im Sicherheitsbereich. Um Sicherheitsrisiken wirksam zu begegnen, muss die Bereitschaft und Vorsorge in der gesamten Kette verbessert werden, von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern und lokalen zivilen Organisationen bis hin zur Industrie, staatlichen Akteuren und den Streitkräften der EU-Mitgliedstaaten. Darüber hinaus sollten die bestehenden Vorausschau-Kapazitäten in Bereichen wie zivile Sicherheit, Grenzmanagement und Katastrophenresilienz gestärkt werden. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO sollte verstärkt werden, um eine Fragmentierung angesichts der sicherheitspolitischen Herausforderungen zu vermeiden. Die Sicherheit muss in allen wichtigen Politikbereichen und Sektoren berücksichtigt werden wobei es die territoriale Perspektive zu integrieren gilt.

Schwerpunktbereich 3: Nutzung der Kraft von Technologie und Forschung

Die EU sollte eine führende Rolle bei der Gestaltung der globalen Regulierung und der Schutzvorkehrungen für hochwirksame Technik, insbesondere innovative und saubere Technologien, einschließlich blauer Technologien, übernehmen und gleichzeitig sicherstellen, dass eine Auswahl an kritischen Technologien aus der EU zur Verfügung steht.

Um das enorme transformative Potenzial der KI als positiven Beitrag zur Gesellschaft zu nutzen, müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten sicherstellen, dass hochmoderne KI in Europa sicher entwickelt werden kann und ihre Annahme und Verbreitung mit den europäischen Werten der Würde, Fairness und Solidarität im Einklang stehen. Und sie müssen sich systematisch auf die tiefgreifenden sozioökonomischen Veränderungen vorbereiten, die KI beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt mit sich bringen wird. Durch die Festlegung globaler Normen und den Aufbau strategischer Autonomie in wichtigen Bereichen der KI-Forschung, -Infrastruktur und Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck kann die EU sicherstellen, dass die disruptive Kraft der KI zu einem Motor für Wohlstand, Inklusion, Sicherheit und demokratisches Vertrauen wird. Sie sollte sich weltweit führend bei der Gestaltung ethischer und sicherer KI-Innovationen und der Förderung einer transparenten, rechenschaftspflichtigen und auf den Menschen ausgerichteten KI positionieren, indem systemimmanente Risiken wie Missbrauch, Fehlfunktion oder Fehlentwicklung der fortschrittlichsten KI-Modelle systematisch bewertet und gemindert werden.

Um ihre Werte zu verankern, muss die EU in der Lage sein, Einfluss darauf zu nehmen, wie Technologiesysteme und -infrastrukturen aufgebaut und für welche Ziele sie optimiert werden.

Hier sind die Koordinierung mit den Mitgliedstaaten, die finanzielle Unterstützung, die Vereinfachung der Rechtsvorschriften für strategische Projekte (wie sichere Rechenzentren und die fortschrittlichsten europäischen grundlegenden KI-Modelle), eine offene Wissenschaft, EU-Forschungsinfrastrukturen, Reallabore, transparente Normen und eine solide institutionelle Aufsicht von entscheidender Bedeutung. Die KI-Gigafabriken als Infrastruktur oder der allgemeine KI-Verhaltenskodex als De-facto-Norm für die Sicherheit fortgeschrittener KI sind vielversprechende Beispiele für solche intelligenten und strategischen Ansätze.

Die EU muss auch ihre technologische Souveränität in entscheidenden Bereichen stärken, indem sie sich auf strategische künftige Wertschöpfungsketten konzentriert, ihre Rolle als vertrauenswürdiger regionaler Partner ausbaut und die Politik der EU (und der Mitgliedstaaten) auf ihre Auswirkungen auf die strategische Autonomie hin überprüft. Die EU sollte eine ethische und wissenschaftlich fundierte Führungsrolle bei verantwortungsvollen und vorsorgenden Ansätzen gegenüber neuen kontroversen Technologien wie Superintelligenz oder Human Augmentation, fortgeschrittenen Ozeanerforschung oder Veränderung der Sonneneinstrahlung übernehmen, unter anderem durch die Förderung globaler kooperativer Governance-Strukturen zur Bewältigung potenzieller Risiken, Vorteile und Verteilungseffekte. Aufbauend auf den Erfahrungen mit dem Satellitenkommunikationsnetz IRIS² könnten europäische öffentlich-private Partnerschaften in Betracht gezogen werden, in denen neue Technologien als öffentliche Güter eingesetzt werden, d. h. digitale Plattformen, KI und Algorithmen in öffentlichen Diensten und im Gesundheitswesen oder in strategischen Infrastrukturen, auch im Forschungsbereich. Die EU muss der Fragmentierung der Technologiepolitik entgegenwirken. Kohärenz auf allen Ebenen und in allen Bereichen würde eine proaktive Ermittlung und Steuerung potenzieller Kompromisse ermöglichen (z. B. zwischen Effizienz der Lieferkette und strategischer Autonomie sowie neuen digitalen Technologien und dem Energieverbrauch), die Synergien zwischen verschiedenen Politikbereichen (z. B. Industriepolitik und Sicherheit) stärken und eine verstärkte internationale Zusammenarbeit und Normung mit gleichgesinnten Partnern ermöglichen.

Schwerpunktbereich 4: Stärkung der langfristigen wirtschaftlichen Resilienz und Vorbereitung auf Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt

Die EU muss ihre Fähigkeit stärken, ein inklusives und nachhaltiges Wachstum zu erzielen, und zugleich in der Lage sein, externe Krisen rasch abzufedern bzw. sich daran anzupassen. Sie sollte darauf hinarbeiten, die Industrie zu stärken und umzugestalten, damit neue Technologien der Allgemeinheit zugute kommen. Die EU sollte eine umfassende Bewertung der derzeitigen und künftigen Sektoren erstellen, insbesondere derjenigen, die für ihre strategische Autonomie von vitaler Bedeutung sind, und kohärente Maßnahmen ergreifen, um Lieferketten, Ressourcen (einschließlich Kompetenzen), Fähigkeiten, Kapazitäten und Kontrolle zu stärken und gleichzeitig den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt der Union zu gewährleisten. Die EU sollte sich auch auf die zu erwartenden Störungen und Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt vorbereiten, die durch verschiedene Megatrends verursacht werden, von der Geopolitik über den ökologischen und technologischen Wandel bis hin zum Wandel der Arbeitsplatzanforderungen und der Bevölkerungsentwicklung.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen in die Dekarbonisierung der EU-Wirtschaft und die Förderung globaler Maßnahmen investieren, um zur Beschleunigung der Energiewende und zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen beizutragen, ebenso wie in erstklassige und klimaresiliente Infrastrukturen. Die EU sollte die Kreislaufwirtschaft weiter ausbauen, die heimische Gewinnung, Herstellung und das Recycling wichtiger Rohstoffe stärken und gleichzeitig in Forschung und Entwicklung investieren, um diese Materialien in strategischen Bereichen durch nichtfossile Rohstoffe zu ersetzen. Ferner sollte sie auf dem Gebiet der kritischen Rohstoffe enger mit Partnerstaaten zusammenarbeiten.

Um das erforderliche private Kapital in großem Maßstab zu mobilisieren, ist der Aufbau einer echten Spar- und Investitionsunion von entscheidender Bedeutung, um europäische Einsparungen in strategische Investitionen in wirtschaftliche Widerstandskraft, Klimaresilienz, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation zu lenken. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten sich weiter um Vereinfachungen bemühen, insbesondere für KMU.

Der Aufbau der EU-Verteidigungsunion bietet die Gelegenheit, eine koordinierte Politik (sowohl zwischen der EU und den Mitgliedstaaten als auch im Rahmen der EU-Politik) zu verfolgen, in der Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit, Kompetenzen, Innovation und Vorsorge zusammengeführt werden. Zusätzliche Investitionen in Verteidigung, Forschung und Innovation sollten, wo immer möglich, zur Förderung von Technologien und Infrastrukturen mit doppeltem Verwendungszweck mithilfe zivil-militärischer Synergieeffekte entlang der gesamten Innovationskette, von der Grundlagenforschung bis zur Beschaffung von Kapazitäten, eingesetzt werden. Ebenso sollten zivile Technologien bestmöglich genutzt werden, um die Verteidigungsbereitschaft zu unterstützen.

Schwerpunktbereich 5: Förderung eines nachhaltigen und inklusiven Wohlergehens

Die EU sollte weiterhin die soziale Marktwirtschaft und einen gerechten Übergang zu einer sauberen Wirtschaft unterstützen. Dies sollte die fortgesetzte Unterstützung einer Verlagerung der Besteuerung weg von der Besteuerung der Arbeit hin zur Besteuerung negativer Externalitäten umfassen, und zwar in einer ausgewogenen Weise, durch die nachhaltige Steuereinnahmen sowie die Erschwinglichkeit und Verfügbarkeit nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen gewährleistet werden. Bei der Umsetzung des gerechten Übergangs sollte der Schwerpunkt erneut auf die zeitnahe und konkrete Unterstützung und Einbindung der betroffenen Gemeinschaften und Gruppen sowie auf eine attraktive Vision für eine kohlenstofffreie Zukunft für diese gerichtet werden. Sie sollte Überlegungen zu einem neuen Gesellschaftsvertrag anstellen, der das Vertrauen zum Nutzen aller Europäer wiederherstellt, mit einer erneuerten Sozialpolitik und einem Schwerpunkt auf hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen sowie auf den Regionen und Bevölkerungsgruppen, die von Ungleichheiten betroffen sind. Besonderes Augenmerk sollte darauf gelegt werden, sichere und widerstandsfähige Lieferketten für Arzneimittel und eine funktionierende Gesundheitsvorsorge zu gewährleisten, Patienten wirksame und erschwingliche Therapien und Behandlungen zur Verfügung zu stellen, Ungleichheiten in der Gesundheitsversorgung zu beseitigen und eine gesündere Lebensweise zu fördern, auch indem wir uns neue Technologien zunutze machen. Die Arbeit der Kommission an einem Dashboard mit Indikatoren für nachhaltiges und inklusives Wohlergehen, das das Potenzial hat, den Aufwand für die Berichterstattung zu reduzieren⁵⁷, ist nun so weit ausgereift, dass es in die Bewertung von politischen Maßnahmen sowie in Investitions- und Reformentscheidungen einfließen kann. Die Kommission sollte (im Anschluss an den Pakt für die Zukunft) die Zusammenarbeit mit der OECD und den Vereinten Nationen bei der Entwicklung von Rahmenwerken, die „über das BIP hinausgehen“, verstärken und dabei auf der Agenda 2030 und ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung aufbauen.

Schwerpunktbereich 6: Ein neues Bildungsverständnis

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten Überlegungen anstellen, wie Bildung und Arbeit vor dem Hintergrund neuer Technologien, der demografischen Entwicklung, künftiger Störungen und Veränderungen neu gestaltet werden können. Dies bedeutet, lebenslanges Lernen als gesellschaftliche Norm zu verankern, ein sicheres und förderliches Umfeld für die Kindheit zu

⁵⁷ Europäische Kommission, „Measuring sustainable and inclusive wellbeing: a multidimensional dashboard approach“, 2025, <https://data.europa.eu/doi/10.2760/4186342>.

gewährleisten, die Lehrpläne an den künftigen Qualifikationsbedarf anzupassen und flexible Wege zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung sowie Beschäftigung zu schaffen. Es erfordert auch die Förderung von Anpassungsfähigkeit und Kreativität, indem die Bürgerinnen und Bürger nicht nur auf bestimmte Arbeitsplätze, sondern auch auf vielfältige Übergänge während ihres gesamten Lebens vorbereitet werden. Die Verbesserung der Mobilität auf allen Bildungsebenen von der Schule bis zur Universität mit dem Ziel, von der besten Bildung zu profitieren, die Europa bietet, bereitet die Lernenden auf künftige Ungewissheiten, Offenheit und kritisches Denken vor.

Die EU braucht einen klaren Ansatz, um sowohl qualifizierte Arbeitskräfte für die wachsende Dienstleistungs- und Pflegewirtschaft als auch die für die Stärkung ihres Forschungs- und Innovationspotenzials erforderlichen Fachkräfte anzuziehen und zu schulen, wobei regionale Ungleichgewichte vermieden werden sollten. Angesichts der wesentlichen Rolle von Wissenschaftlern und Ingenieuren bei der Innovationsförderung, der Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit und der Ermöglichung des Übergangs zur Nachhaltigkeit sollte die EU ihre Talente bestmöglich nutzen, um die Zahl der MINT-Absolventen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) in der beruflichen wie in der Hochschulbildung zu erhöhen.

Die EU sollte sich darauf vorbereiten, die Vorteile der Beschleunigung der Automatisierung und generativer KI-Systeme zu nutzen, indem sie in großmaßstäbliche Umschulung und Weiterbildung investiert und die KI-Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger fördert. Dies würde die Resilienz stärken, Ungleichheiten verringern und sicherstellen, dass die Vorteile der KI umfassend genutzt werden. Durch die Verknüpfung von Bildungsreformen mit einer zukunftsorientierten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik kann die EU den disruptiven Wandel in eine Chance für mehr Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und generationenübergreifende Solidarität verwandeln.

Schwerpunktbereich 7: Stärkung der Grundlagen der Demokratie als Gemeingut

Die EU sollte Maßnahmen ergreifen, um der Polarisierung, Informationsmanipulation und Desinformation entgegenzuwirken, die durch soziale Medien und KI-Algorithmen verstärkt werden. Dazu gehört auch, die Medien- und Digitalkompetenz zu fördern und vertrauenswürdige und unabhängige Informationsökosysteme zu unterstützen, die dazu beitragen, gemeinsame Diskussionsräume zu schaffen, die über Informationsblasen hinausgehen. Schulen sollten weiter gestärkt werden, damit sie ihre entscheidende Rolle bei der Förderung der Medienkompetenz und der Stärkung der Resilienz gegen Desinformation besser wahrnehmen können. Es bedarf faktengestützter und koordinierter Maßnahmen, um junge Menschen vor den negativen Auswirkungen sozialer Medien und digitaler Technologien zu schützen, insbesondere im Hinblick auf ihre psychische Gesundheit und ihr Wohlbefinden, und ihnen gleichzeitig zu ermöglichen, deren Vorteile besser zu nutzen.

Die EU sollte die Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Stärkung des Gemeinschaftsgefühls durch innovative Formen der Einbindung und Partnerschaft mit lokalen Gemeinschaften verstärken, einschließlich partizipativer Instrumente der territorialen Entwicklung. Die EU, ihre Mitgliedstaaten und die Beitrittsländer verfolgen entschlossen die gemeinsame Vision für die EU (siehe Schwerpunktbereich 1), indem sie die Rechtsstaatlichkeit, die Medienfreiheit und die Freiheiten der Zivilgesellschaft schützen und fördern und die Instrumente zur Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation, Einmischung und Desinformation stärken. Die Kommission und andere EU-Einrichtungen sollten eine klarere Kommunikationsstrategie entwickeln, um die europäischen Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen besser über die EU zu informieren und dafür zu sorgen, dass sie diese weiterhin verstehen und unterstützen. Die EU sollte auch ihre Bemühungen um eine auf

Beratung aufbauende Demokratie fortsetzen, indem sie offene und faktengestützte Debatten über politische Optionen führt. Sie sollte auch die Beziehungen zur Zivilgesellschaft und zu lokalen demokratischen Akteuren stärken. Die Kommission sollte Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Widerstandskraft und der Zivilgesellschaft in ganz Europa vorschlagen, indem sie gezielte Rahmenregelungen, Strategien und Unterstützung bereitstellt.

Schwerpunktbereich 8: Antizipation des demografischen Wandels und Stärkung der Generationengerechtigkeit

Die EU sollte einen Rahmen für Generationengerechtigkeit entwickeln, der sicherstellt, dass heutige Entscheidungen künftigen Generationen nicht schaden. Er soll außerdem die Solidarität und das Engagement zwischen Menschen unterschiedlicher Altersgruppen stärken und dazu beitragen, den demografischen Wandel als Chance statt als destabilisierende Kraft zu nutzen. Er sollte bereichsübergreifend sein und darauf abzielen, die komplexen, sich überschneidenden Schutzbedürfnisse, die die Resilienz der europäischen Gesellschaften bedrohen, zu mindern, vom Klimawandel über die Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen, den Zugang zu Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege bis hin zur sozialen Inklusion. Mithilfe dieser Strategie soll die europäische Politik so gestaltet werden, dass sie für heutige und künftige Generationen geeignet ist, indem die Entscheidungsfindung überdacht und angepasst wird, um sicherzustellen, dass sie auf Werten und Zielen beruht, die den Europäern ein langfristiges Gedeihen ermöglichen.

4. SCHLUSSFOLGERUNG

Durch die Umsetzung von Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz der EU im Jahr 2040, u. a. mit Hilfe vorausschauender Methoden und Prozesse, kann die Union ihre transformative Kraft im sich wandelnden globalen Kontext voll ausschöpfen. Die EU muss die Konsequenzen der verschiedenen langfristigen globalen Entwicklungen und ihre eigenen spezifischen Herausforderungen, die in diesem Bericht dargelegt werden, angehen. Ein kohärentes Handeln und eine kohärente Steuerung werden die EU letztlich in die Lage versetzen, plötzlich auftretende Krisen und strukturelle Veränderungen zu bewältigen. Dies erfordert ein Denken, das über die kurz- und mittelfristigen politischen Zyklen hinausgeht, und eine Perspektive, bei der die langfristigen Auswirkungen der heute eingeleiteten Maßnahmen sowie ihre Robustheit unter unterschiedlichen Zukunftsszenarien besser berücksichtigt werden.

Zu diesem Zweck wird die Kommission auf der Arbeit der Jahre 2019-2024 aufbauen und ihre Politik weiterhin mit strategischer Vorausschau untermauern, unter anderem durch die Verabschiedung jährlicher Berichte zur strategischen Vorausschau, in denen einschlägige bereichsübergreifende Themen behandelt werden.

Ab 2026 werden diese Berichte auf einem soliden Prozess der Vorausschau basieren, bei dem u. a. alternative mögliche Zukunftsszenarien auf kohärente Weise über verschiedene Politikbereiche hinweg untersucht werden. Über die Veröffentlichung der jährlichen Vorausschau hinaus wird die Kommission sicherstellen, dass während der neuen Amtszeit die Instrumente der Vorausschau vollständig in die Politikgestaltung integriert werden, damit die EU-Politik ergebnis- und zukunftsorientierter wird und angesichts zunehmender Komplexität dauerhafte und bedeutsame Wirkung entfalten kann. Dies wird durch die in den letzten Jahren entwickelten soliden Prognosefähigkeiten unterlegt, die speziell dazu konzipiert wurden, Unsicherheiten zu antizipieren und anzugehen. Die Strategische Vorausschau 2026 wird auf die Zukunft der EU in einer sich wandelnden Welt ausgerichtet sein.